

11. August 2018 – Index: MDE 13/8889/2018

## IRAN:

### **LASST DIE ASERBAIDSCHANISCH-TÜRKISCHEN VERTEIDIGER DER MINDERHEITENRECHTE FREI, DIE WEGEN FRIEDLICHER KULTURELLER VERSAMMLUNGEN INHAFTIERT WURDEN!**

Amnesty International fordert von den iranischen Behörden die unverzügliche und bedingungslose Freilassung des Menschenrechtlers **Ebrahim Nouri** und aller immer noch willkürlich Inhaftierten. Das sind etwa 120 Personen, die bei zwei aserbaidisch-türkischen Kulturversammlungen im Juni und August 2018 verhaftet wurden. Die Behörden müssen die Anklagen gegen Nouri und die anderen fallenlassen. Die Verhaftungen geschahen nur wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung, und auf Freiheit der Verbindung und Versammlung. Das schließt das Recht ein, für die Rechte der aserbaidisch-türkischen Minderheit im Iran einzutreten. Nachforschungen von Amnesty International in den letzten Monaten ergaben, dass Ebrahim Nouri politischer Gefangener ist.

Die Nachforschungen von Amnesty International enthüllten beunruhigende Details über Folter und andere Misshandlungen, die von den Sicherheitskräften während und nach den Verhaftungen, besonders denen im Juli, begangen wurden. Die Behörden müssen eine sofortige, unparteiische, unabhängige und wirksame Untersuchung dieser Vorwürfe durchführen und diejenigen vor Gericht stellen, die dafür verantwortlich sind, gemäß den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren.

Bei den Untersuchungen sprach Amnesty International mit mehr als 10 Personen, nahm Einsicht in Gerichtsakten, wertete unabhängige und offizielle Berichte aus, auch aus den sozialen Medien. Die Namen der interviewten Personen werden aus Sicherheitsgründen nicht genannt.

#### **WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN IM AUGUST**

Amnesty International erhielt Nachrichten aus glaubhaften Quellen, nach denen 40 Personen bei der friedlich verlaufenden aserbaidisch-türkischen Versammlung in der Nacht vom 9. zum 10. August 2018 nahe Meshghin Shahr in der Provinz Ardebil verhaftet wurden. 39 Männer und eine Frau wurden von Uniformierten und Polizisten in Zivil festgenommen, als sie sich am Fuße des Berges Sabalan am Abend des 9. August versammelten. Dort versammeln sie sich jedes Jahr, singen und tanzen nach aserbaidisch-türkischen Liedern, bevor sie am nächsten Tag den Berg besteigen. Unter den Verhafteten waren **Mehdi Houshmand**, **Mostafa Parvin** und **Tohid Amir Amini**, die schon einmal im Juli inhaftiert wurden, dann aber wieder freikamen. Nach Berichten hatten Augenzeugen ausgesagt, bei den Verhaftungen seien die Verhafteten von den Sicherheitskräften geschlagen worden. Sämtliche Verhafteten wurden zum Haftzentrum in Lahrod in der Provinz Ardebil gebracht, dann am Abend des 10. August wieder freigelassen. Amnesty International weiß nicht, ob irgendwelche Anklagen erfolgten.

#### **WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN IM JULI**

Am 6. und 7. Juli 2018 versammelten sich Tausende, darunter Familien mit Kindern, friedlich, um ein Fest der aserbaidisch-türkischen Minderheit im Iran zu begehen. Diese Minderheit besteht aus mehreren Millionen Menschen im Iran. Sie singen bei der Feier, neben anderen Aktivitäten,

Lieder in ihrer Muttersprache. Diese Versammlung findet jährlich am ersten Wochenende im Juli in der Burg *Babak Fort* auf einem Berg nahe Kaleybar in der Provinz Ost-Aserbaidschan statt.

Diese Feier erinnert an den Geburtstag von Babak Khorramdin, unter Aserbaidschanern im Iran als Revolutionär gut bekannt. Man feiert dort die Kultur der aserbaidschanischen Türken, spricht über Missstände und Diskriminierungen gegenüber dieser Volksgruppe im Iran. Darunter fällt auch der ausschließliche Gebrauch des Persischen im Erziehungsbereich und die Unterdrückung von Publikationen in ihrer Sprache und die andauernde wirtschaftliche Vernachlässigung in den Gebieten der iranischen Minderheiten. Sie benutzen die Feierlichkeiten auch, um für ihre Rechte zu werben. Das gilt auch für das Recht, ihre eigene Sprache zu lernen, sie zu fördern und ohne Behinderungen zu benutzen. Sie fordern Schutz vor Diskriminierung und beleidigenden Reden, besonders in den staatlichen Radio- und Fernsehprogrammen.

Die Anwesenheit von Sicherheitskräften an dem Ort der Festlichkeit und zu den jährlichen Versammlungen nahm in den letzten Jahren zu. Augenzeugen berichteten AI, dass jetzt Tausende von Sicherheitskräften anwesend waren, darunter Revolutionsgarden, Geheimdienstler und Angehörige der Basiji.

Die Sicherheitskräfte inhaftierten mehr als 80 Personen der aserbaidschanisch -türkischen Minderheit im Norden und Nordwesten des Iran in der ersten Juliwoche, sowohl in den Tagen vor dem Fest als auch während der Versammlung in *Babak Fort*. Verhaftungen gab es in der Umgebung der Städte Ahar, Kaleybar und Tabriz in Ost-Aserbaidschan, ebenso in Ardebil und Urumieh, aber auch in Teheran. Die Verhafteten kamen meist zwischen dem 7. Juli und dem 9. August 2018 wieder frei, mindestens eine Person, Ebrahim Nouri, blieb in Haft.

In den Wochen vor der Versammlung in *Babak Fort* riefen die Behörden eine Reihe von Aktivisten an, darunter solche, die später inhaftiert wurden. Sie wurden verwarnet, sie sollten nicht an der geplanten Versammlung teilnehmen, und drohten ihnen bei Teilnahme mit Verhaftung. Später nach der Festnahme sagte einer der Beamten zu den Aktivisten: „Wir warnten euch. Warum nahmt ihr teil, obwohl ihr wusstet, was euch passiert?“

Amnesty International hat erfahren, dass die Sicherheitskräfte einen größeren Posten an der Straße errichtet hatten, die von Ahar nach Kaleybar zu *Babak Fort* führt. Dort hielten sie die Aktivisten auf dem Weg zu der Versammlung an und verhafteten sie. Ähnliche Posten errichteten sie an den Wegen zu dem Berg mit der Festung. Sie beleidigten dort die Menschen, verhafteten sie willkürlich und verhörten sie zu den Gründen für ihre Teilnahme an dem Treffen.

Amnesty International glaubt, dass alle Verhaftungen willkürlich geschahen und Teil einer Kampagne waren mit dem Ziel, die Menschen von dem Besuch der Veranstaltungen abzuhalten.

**Ebrahim Nouri** ist Jurastudent. Er wurde am 2. Juli verhaftet und zur Abt. 209 ins Evin-Gefängnis verbracht, diese Abteilung untersteht dem Geheimdienst. In den Tagen vor der Verhaftung wurde auch er und sein Bruder Faraj verwarnet, nicht zu der besagten Versammlung am Babak Fort zu gehen, andernfalls würden sie verhaftet. Nach seiner Inhaftierung durfte er nur einmal kurz mit seiner Familie sprechen, Kontakt zu einem Anwalt gab es nicht. Wegen seiner friedlichen Aktivitäten wurde Nouri schon mehrmals zwischen 2006 und 2015 verhaftet, er hatte privat den Internationalen Muttersprachentag gefeiert. Wegen dreier verschiedener Anklagen wurde er zu 16 Monaten Haft verurteilt. Wegen der Anklage „Versammlung und Verschwörung zur Begehung von Straftaten gegen die nationale Sicherheit“ erhielt er eine Bewährungsstrafe von 10 Monaten.





**Abbas Lesani** ist ein bekannter Verteidiger der Rechte der aserbaidisch-türkischen Minderheit. Er wurde am 2. Juli 2018 in Ardebil verhaftet, kam dann am 14. Juli gegen Kaution frei. Seit mehr als 10 Jahren steht Lesani wegen seines friedlichen Einsatzes für die Belange der aserbaidisch-türkischen Minderheit unter Beobachtung der Behörden. Er nahm an Versammlungen am *Babak Fort* und am Internationalen Muttersprachentag teil und veröffentlichte einen Kalender in der aserbaidisch-türkischen Sprache.

Im April 2015 wurde er vom Revolutionsgericht in Ardebil wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ zu einem Jahr Haft verurteilt. Er hatte an friedlichen Protesten wegen der Austrocknung des Urumieh-Sees teilgenommen. Der See liegt zwischen den Provinzen Ost- und West-Aserbaidisch und er war einst der größte Salzwassersee im Nahen Osten. Im März 2017 stand er wegen Anklagen vor Gericht, die sich auf sein Eintreten für den Gebrauch der aserbaidisch-türkischen Muttersprache bezogen. Er habe dazu private Versammlungen zum Gedenken an den Internationalen Muttersprachentag abgehalten.

In einem Interview mit dem Iranischen Menschenrechtszentrum am 10. April 2017 sagte er: „Der Internationale Muttersprachentag wird weltweit begangen und ich und meine aserbaidisch-türkischen Freunde besuchten eine komplett friedliche Veranstaltung... Nun sind wir wegen Handlungen gegen die nationale Sicherheit angeklagt.“ Insgesamt hat Lesani viele Jahre im Gefängnis bzw. im inneren Exil des Landes Iran verbracht.



Ebenfalls am 2. Juli 2018 wurde **Jaffar Rostamirad** von Zivilpolizisten und ohne Haftbefehl festgenommen. Er wurde zur Abt. 209 des Evin Gefängnisses gebracht, wo er sieben Tage in Einzelhaft blieb. Er wurde dann in einen allgemeinen Trakt verlegt.

Laut Berichten sei er angeklagt wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“. Am 31. Juni wurde er dann gegen Kaution freigelassen. Er wurde schon bei öfters inhaftiert, so am 21. Februar 2014, nachdem er eine private Feier zum Tag der Muttersprache besucht hatte.

**Kiumars Eslami** ist Student für aserbaidisch-geschichte und Kultur. Er wurde in seiner Heimatstadt Parsabad in der Provinz Ardebil am 3. Juli 2018 von Geheimdienstlern verhaftet, die der Familie nicht den Grund der Verhaftung mitteilten und auch nicht den Ort nannten, wohin sie ihn brachten. Amnesty International erfuhr, die Beamten hätten einige seiner Sachen mitgenommen und ihn auch geschlagen, sein Gesicht habe geblutet.

Er kam ins Moghan Gefängnis in der Nähe von Parsabad. Dort soll er gefoltert worden sein. Man versagte ihm danach medizinische Hilfe wegen seiner Verletzungen. Er durfte mit keinem Anwalt sprechen und hatte auch während der Haft keinen Kontakt zu seiner Familie.



Das Gericht setzte eine Kaution fest, trotzdem verweigerte man seine Freilassung, obwohl die Familie das Geld aufbringen wollte. Als er einen Hungerstreik begann, verlegte man ihn in einen Teil des Gefängnisses, wo sich vor allem Schwerekriminelle befanden. Auch dieser Vorgang widerspricht den gültigen Regularien, wonach politische Gefangene in eigenen Einrichtungen inhaftiert werden sollen. Schließlich kam er am 8. August gegen Kaution frei.

Auch Kiumars Eslami wurde früher schon mehrmals verhaftet. Grund dafür waren seine friedlichen Aktivitäten bei der Forderung nach Verbesserung der Rechte der aserbaidisch-türkischen Minderheit im Iran.



**Hamid Abid** war einer der aserbaidisch-türkischen Menschenrechtler auf dem Weg zu *Babak Fort* am 6. Juli. Dabei wurde er verhaftet. Er und seine Freunde wurden von Sicherheitskräften angehalten, als sie gerade den Berg bestiegen. Ohne Anwesenheit eines Anwaltes wurden sie über Stunden verhört. Er kam dann am selben Tag wieder frei.

Amnesty International konnte von Augenzeugen detaillierte Angaben über die Inhaftierungen in Kaleybar und anderen Städten wie Ardebil erhalten. Viele der Verhafteten wurden in ein vom Geheimdienst und den Revolutionsgarden betriebenes Haftzentrum in Kaleybar gebracht. Sie wurden über den Grund für die Inhaftierung nicht informiert und hatten auch keinen Kontakt zu einem Anwalt oder zu ihren Familien. Teilweise kamen sie in Einzelhaft. Man informierte sie, sie könnten nur freikommen, wenn sie ein Dokument unterschrieben, dass sie sich jetzt und in Zukunft von *Fort Babak* und der Stadt Kaleybar und ebenso von kulturellen Veranstaltungen fernhielten. Außerdem müssten sie Reue zeigen. Keiner unterschrieb und schließlich kamen alle frei, manche gegen Kaution. Die Freigelassenen wurden nach außerhalb gebracht und erst weit draußen wieder freigelassen.

Die Cousins **Mohammad Jolani** und **Meysam Jolani** wurden zusammen mit **Ali Khairjo**, **Mohsen Esmaili**, **Tohid Amir Amini** und anderen Aktivisten am 4. Juli 2018 von Zivilpolizisten verhaftet. Sie waren gerade auf dem Weg nach *Babak Fort*. Während der Haft wurden sie mit Gummiknüppel geschlagen und getreten, es wurden Pfefferspray versprüht und Elektroschocks angewendet.

Man brachte sie zum Haftzentrum in Kaleybar, wo sie immer wieder tagelang misshandelt wurden. Ein Kontakt zu Anwalt oder der Familie wurde verweigert. Erst nach ihrer Entlassung am 7. Juli erfuhren ihre Familien, was mit ihnen geschehen war. In der Haft seien sie und ihre Familien von den

Beamten beleidigt und bedroht worden. Es fielen Sätze wie „Ihr seid Kriminelle. Ihr handelt nach Befehlen Amerikas.“ Einige kamen in Einzelhaft. Sie mussten auf dem Fußboden schlafen und ihre Hände waren auf dem Rücken gefesselt.



Von oben links nach unten rechts: Mohammad Jolani, Meysam Jolani, Mohsen Esmaili, Ali Khairjo



**Asgar Akbarzadeh** wurde in den letzten 10 Jahren mehrmals verhaftet und jetzt wieder am 2. Juli 2018 an seinem Arbeitsplatz in Ardebil. Er kam in das Haftzentrum des Geheimdienstes in Ardebil, in seiner Zelle befanden sich vier weitere Aktivisten: **Rahim Gholami**, **Ali Vaseghi**, **Saeed Sadeghifar** und **Mehdi Houshmand**, die alle getrennt voneinander festgenommen worden waren.

**Mehdi Houshmand** war einem Haftbefehl nicht nachgekommen. In einem Telefongespräch teilte man ihm mit, wenn er nicht käme, würde statt seiner der Bruder inhaftiert.

Am nächsten Tag wurden sie in das Büro des Staatsanwaltes gebracht, der fragte, wie Nachrichten über ihre Verhaftung in Publikationen außerhalb des



Iran gelangt seien. Man teilte ihnen die Anklagen mit: „Bildung einer Gruppe aus mehr als zwei Personen, mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu stören“ (Art. 498 des Strafgesetzes). Als die Männer den Grund für diese Anklage wissen wollten, habe der Staatsanwalt gesagt, die Gründe dafür würden ihnen später mitgeteilt. Am 3. Juli 2018 wurde sie in das Gefängnis in Ardebil in eine überfüllte und unhygienische Abteilung verlegt, in der sich überwiegend Schwerkriminelle befanden. Am nächsten Tag wurden die fünf Personen in ein anderes Haftzentrum verlegt. Dort blieben sie bis zu ihrer Entlassung auf Kautions am 10. Juli 2018.

### FOLTER UND ANDERWEITIGE MISSHANDLUNG

Amnesty International hat Berichte von Augenzeugen erhalten, die beschreiben, wie Sicherheitskräfte Gewalt gegen Aktivisten anwendeten, die sie in oder um Kaleybar verhaftet hatten. Das umfasste Schläge mit Schlagstöcken oder Hölzern, Tritte und Faustschläge gegen den Kopf, Rücken, Brust und Magen sowie die Anwendung von Pfefferspray und Elektroschock-Waffen.

Amnesty International war auch in der Lage, detaillierte Informationen über die Inhaftierten zu erhalten, vor allem über die Dutzende von Personen, die ins Haftzentrum Kaleybar verbracht wurden. Ebenso genaue Informationen über Häftlinge in anderen Zentren waren nicht verfügbar.

Die Informationen veranschaulichen die Gewalt, der die Aktivisten durch das Personal des Haftzentrums ausgesetzt waren: sie wurden geschlagen, auf den Boden geworfen, an den Haaren über den Boden geschleift, und ihnen wurden so enge Handschellen angelegt, dass sie heftige Schmerzen, Schwellungen Schnitte und Abschürfungen an den Handgelenken verursachten. Es gab auch Gewalt sexueller Art: mindestens ein Häftling berichtete, ihm sei in die Genitalien geschlagen worden, und einigen weiteren wurden die Hosen ausgezogen.

In einigen Fällen stieß das Haftpersonal Drohungen gegen die Häftlinge oder ihre Familien aus, beispielsweise dass man ihnen Fingernägel ausreißen würde, und beleidigten sie vulgär. Ein Beamter sagte zu einer Gruppe von Häftlingen: „Ich werde alle von euch nach und nach töten und euer Blutgeld (*diyah*) bezahlen, damit wir euch los werden.“

Die meisten Personen erhielten keine medizinische Versorgung für die Verletzungen, die ihnen durch die Schläge während ihrer Festnahme oder Inhaftierung zugefügt wurden. Sie wurden in einem überfüllten Haftzentrum ohne angemessenen Zugang zu trinkbarem Wasser, ordentlichem Essen, frischer Luft oder sanitären Anlagen festgehalten.

Der türkisch-aserbaidschanische Aktivist **Morteza Parvin** wurde von Beamten in Zivil der Ermittlungsabteilung der Revolutionsgarden am 4. Juli 2018 verhaftet, als er und drei andere Aktive, **Mohammad Azad, Ali Rouhbakhsh** und **Hojjat Fekri**, auf dem Weg entlang der Hauptstraße von Ahar nach Kaleybar waren.

Dutzende von Sicherheitskräften hatten laut Berichten die Straße gesperrt und schienen auf sie zu warten. Sie traten Morteza Parvin und schlugen ihm mit Schlagstöcken auf den Kopf und andere Körperteile. Man hörte, wie ein Beamter den anderen sagte, sie sollten „ihn auf den Rücken und in den Magen schlagen“.

Nach seiner Verhaftung wurde er ins Haftzentrum Kaleybar gebracht und drei Tage lang in Einzelhaft gehalten, bevor er am 7. Juli 2018 freigelassen wurde, ohne Information darüber, ob gegen ihn Anklage erhoben würde.



Von oben links nach unten rechts: Morteza Parvin, Mostafa Parvin, Ali Rouhbakhsh, Tohid Amir Amini

Morteza Parvin ist in den vergangenen sieben Jahren schon mehrfach willkürlich festgenommen, festgehalten, verurteilt und inhaftiert worden. Im November 2015 wurden Morteza Parvin, sein Bruder Mostafa Parvin und einige weitere Aktivisten, darunter Meysam Jolani und Tohid Amir Amini, für drei Monate inhaftiert und erhielten 30 Peitschenhiebe wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“, weil sie während eines Fußballspiels ein Plakat zeigten, auf dem stand: „Abbas Lesani und andere aserbajdschanisch-türkische Gefangene müssen freikommen“.



Am 4. Juli 2018 wurde der Aktivist **Gholam Gholizadeh** in Kaleybar verhaftet, als er auf dem Weg nach Babak Fort war, und wurde zum Haftzentrum Kaleybar gebracht. Bei seiner Verhaftung schlugen ihn die Sicherheitskräfte, traten ihm gegen die Brust und banden ihm die Handgelenke so fest, dass es Schwellungen verursachte. Infolge der Schläge litt Gholam Gholizadeh unter Krämpfen und einem teilweisen Sehverlust auf dem rechten Auge. Wegen seiner Verletzungen verbrachte er seine erste Nacht im Arztzimmer des Haftzentrums, aber wurde am nächsten Tag ins Gefängnis von Urumieh gebracht, wo er keinen Zugang zu medizinischer Versorgung erhielt. Er wurde gegen Kautionszahlung am 29. Juli 2018 entlassen. Es ist unklar, welche Anklagen, sofern es welche gibt, ihn erwarten. Gholam Gholizadeh wurde schon vorher einige Male verhaftet und inhaftiert, weil er in friedlicher Weise für die Rechte der türkischen Aserbajdschaner eingetreten war.

Der politisch aktive Student **Mohammad Azad** wurde am 4. Juli 2018 verhaftet, als er mit drei anderen Bürgerrechtlern nach Kaleybar kam. Ohne Vorlage von Haftbefehlen drohten ihnen Sicherheitskräfte Gewalt an, falls sie nicht in wartende Polizeifahrzeuge stiegen. Laut Augenzeugen schlugen und traten die Beamten Mohammad Azad und benutzten Elektroschock-Waffen, obwohl er keinen Widerstand leistete.



Infolge der Schläge hatte er eine tiefe Wunde am rechten Knie, die es ihm unmöglich machten zu laufen. Dafür erhielt er keine medizinische Versorgung in der Haft. Wie es hieß, schlugen ihn die Sicherheitskräfte zeitweise in der Haft weiter. Er wurde am 7. Juli 2018 freigelassen, ohne Informationen darüber, ob Anklage gegen ihn erhoben würde.

Er leidet weiterhin an den Auswirkungen der Verletzungen, die er durch die Folter der Sicherheitskräfte erlitt, auch an Problemen mit seinem Knie.

## HINTERGRUND

Die aserbajdschanisch-türkische Minderheit ist die größte ethnische Minderheit im Iran, die etwa 25 bis 30% der Gesamtbevölkerung stellt. Sie konzentriert sich weitgehend auf den Norden und Nordwesten des Iran. Wie andere ethnische Minderheiten sind aserbajdschanische Türken Diskriminierung, willkürlichen Einschränkungen ihre Zugangs zu Bildung, Beschäftigung, angemessenem Wohnraum und sozialen, kulturellen und sprachlichen Rechten unterworfen. Eine der wichtigsten Beschwerden, die wiederholt geäußert werden, ist der Mangel an Möglichkeiten, die eigene Sprache ohne Behinderung und Diskriminierung zu lernen, verbreiten und zu benutzen, sowohl privat als auch in der Öffentlichkeit.

Aserbajdschanisch-türkische Bürgerrechtler erlitten Jahre der Unterdrückung durch iranische Behörden, darunter Einschüchterungen und Schikanen, willkürliche Festnahmen, Internierung und Haft sowie Folter und andere Misshandlungen. Einige erhielten Haft- und/oder Auspeitschungsstrafen nach unfairen Gerichtsverfahren. Wie andere für Minderheitenrechte Engagierte bringen Irans Ermittlungs- und Sicherheitskräfte sie häufig in Verbindung mit „separatistischen Strömungen“ und beschuldigen sie, Spannungen anzuheizen, um die Nation zu spalten und Irans territoriale Integrität zu schwächen.

Zusätzlich zu den in diesem Dokument genannten wurden zahlreiche weitere Verteidiger aserbajdschanisch-türkischer Identität verfolgt. Laut der Vereinigung für die Menschenrechte des

aserbaidshischen Volkes im Iran (AHRAZ) gehört zu ihnen auch **Siamack Mirzaei**, ein Verteidiger des Rechts auf Unterricht in der aserbaidshisch-türkischen Sprache an Schulen, der eine dreijährige Haftstrafe im Evin-Gefängnis verbüßt, an die sich eine einjährige Verbannung im inneren Exil in der Stadt Tabas in der Provinz Süd-Khorasan anschließt, und **Latif Hasani**, der Generalsekretär von Yeni Ghamoh, einer Organisation zur Verteidigung aserbaidshisch-türkischer kultureller und politischer Rechte, der eine neunjährige Haftstrafe im Raja'i Shahr-Gefängnis in Karaj, nordwestlich von Teheran, verbüßt.

## **INTERNATIONALES RECHT UND STANDARDS**

### **Freiheit der Meinungsäußerung**

Aserbaidshische Türken im Iran sollten ihre Ansichten friedlich äußern dürfen und sich versammeln können, um sie auszudrücken, ohne Schikanen, Drohungen, Gewalt oder Kriminalisierung fürchten zu müssen. Gemäß internationalem Recht, an das auch Iran gebunden ist, schließt ihr Recht auf freie Meinungsäußerung das Recht ein, friedlich für ihre Rechte einzutreten, auch für den Erhalt ihrer eigenen Kultur und den Gebrauch ihrer Sprache. Es schließt auch das Recht ein, friedlich für größere Autonomie, Unabhängigkeit oder andere politische Prozesse einzutreten, solange sie nicht „irgendeine Befürwortung von nationalem, rassistischem oder religiösem Hass, der die Anstiftung zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt darstellt“, einschließen.

### **Rechte ethnischer Minderheiten**

Iran ist der Internationalen Konvention zur Eliminierung jeglicher Form von Rassendiskriminierung beigetreten, die spezifische Verpflichtungen auferlegt, um jede Unterscheidung, Ausschluss, Einschränkung oder Bevorzugung zu verbieten und auszuschließen, die sich unter anderem auf rassische, nationale oder ethnische Herkunft gründet, mit dem Ziel, die Gewährung, den Genuss oder die Ausübung von Menschenrechten auf der Basis der Gleichheit unmöglich zu machen oder behindern. Artikel 27 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), dem Iran ebenfalls beigetreten ist, schreibt vor, dass ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten nicht das Recht verweigert werden darf, ihre eigene Kultur zu praktizieren, ihre eigene Religion zu bekunden und auszuüben oder ihre eigene Sprache zu benutzen.

### **Willkürliche Verhaftung**

Artikel 9(1) des IPBPR schreibt vor: „Niemand darf willkürlicher Verhaftung oder Inhaftierung unterworfen werden.“ Die Arbeitsgruppe zu willkürlicher Verhaftung, ein Expertengremium mit dem Mandat des UN-Menschenrechtsrats zur Untersuchung von Fällen willkürlichen Freiheitsentzugs, hat unter Rückgriff auf wesentliche Menschenrechtsinstrumente fünf Kategorien willkürlichen Freiheitsentzugs ermittelt: (1) wenn es eindeutig unmöglich ist, irgendeine rechtliche Basis zur Rechtfertigung des Freiheitsentzugs heranzuziehen; (2) wenn der Freiheitsentzug aus der Inanspruchnahme von Rechten oder Freiheiten resultiert, die durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den IPBPR garantiert werden, u.a. die Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Gedanken- und Gewissensfreiheit und der Religion; (3) wenn die völlige oder teilweise Nichtbeachtung internationaler Normen bezüglich des Rechts auf einen fairen Prozess so schwerwiegend ist, dass sie dem Freiheitsentzug einen willkürlichen Charakter verleiht; (4) wenn Asylbewerber, Einwanderer oder Flüchtlinge in überlangem staatlichem Gewahrsam gehalten werden, ohne Möglichkeit der Klage oder der Begnadigung; und (5) wenn der Freiheitsentzug eine Verletzung des internationalen Rechts darstellt, aufgrund der Diskriminierung, z.B. aufgrund der Geburt, der nationalen oder ethnischen Herkunft und der Sprache.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die Verhaftung und Inhaftierung aserbaidshischer Türken, die sich versammeln, um ihre Geschichte, Kultur und Sprache zu feiern, also friedlich ihr Recht auf Versammlungsfreiheit als ethnische und sprachliche Minderheit in Anspruch nehmen, eindeutig eine willkürliche Verhaftung darstellen, die mindestens unter die Kategorien 2 und 5 fällt.

**Folter und anderweitige Misshandlung**

Jede Gewaltanwendung gegen Personen, die im Gewahrsam oder unter Kontrolle von Beamten sind und keine Bedrohung für die Beamten oder Häftlinge darstellen, ist eine Verletzung des absoluten Verbots von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (oder Misshandlung), zu der der Iran durch seinen Beitritt zum IPBPR verpflichtet ist. Der IPBPR verpflichtet den Iran auch, alle Personen, denen ihre Freiheit genommen wurde, mit Humanität und Respekt für die Würde der menschlichen Person zu behandeln. Wenn sie dies nicht tun, kann das auch grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung darstellen.

Körperliche Bestrafungen wie Auspeitschungen sind nach internationalem Menschenrecht als Form der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung absolut verboten.

Übersetzung des englischen Originals durch die Iran-Koordinationsgruppe

*Fotos: © privat*